

Boris Palmer
Wir können nicht allen helfen

Boris Palmer

Wir können nicht allen helfen

Ein Grüner über Integration
und die Grenzen der Belastbarkeit

Siedler

Der Verlag weist ausdrücklich darauf hin, dass im Text enthaltene externe Links vom Verlag nur bis zum Zeitpunkt der Buchveröffentlichung eingesehen werden konnten. Auf spätere Veränderungen hat der Verlag keinerlei Einfluss. Eine Haftung des Verlags ist daher ausgeschlossen.



Verlagsgruppe Random House FSC® N001967

Erste Auflage
August 2017

Copyright © 2017 by Siedler Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH,
Neumarkter Str. 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Jorge Schmidt, München
Satz: Ditta Ahmadi, Berlin
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany
ISBN 978-3-8275-0107-3

www.siedler-verlag.de

 Dieses Buch ist auch als E-Book erhältlich.

*Für meine Eltern, die mir gezeigt haben,
was ein klarer Standpunkt bedeutet*

Inhalt

<i>Oben und unten: Willkommenskultur und Verlustängste</i>	9
1 Die Herausforderung	19
<i>Von Lampedusa nach Idomeni: Wie moralisch ist Flüchtlingspolitik?</i>	21
<i>Um Flüchtlingen zu helfen, dürfen wir Europa nicht aufgeben</i>	27
<i>Das Grundgesetz gilt weiter: Von Obergrenzen und Belastungsgrenzen</i>	35
2 Vor Ort	47
<i>Was wir in den Städten und Gemeinden schaffen – und was nicht</i>	49
<i>Tennislärm statt Kanonendonner: Willkommen in Deutschland</i>	55
<i>Wie bei den Nazis: Was passiert, wenn man leere Häuser mieten will</i>	67
<i>Die Grenzen des Zumutbaren: Enttäuschte Erwartungen auf beiden Seiten</i>	75
<i>Die Grenzen der Nachbarn: Wie viele Fremde lassen sich integrieren?</i>	83
<i>Wie kriminell sind Ausländer? Von den Tücken der Statistik</i>	93
<i>Nein heißt Nein: Wenn sich das Nachtleben verändert</i>	101

3 Illusionen und Tabus	115
<i>Psst. Der Unterschied zwischen öffentlicher und halböffentlicher Rede</i>	117
<i>Augen zu nutzt nix: Junge Männer verändern unser Land</i>	123
<i>Das Nafri-Problem: Die Grünen und ihr Verhältnis zur Polizei</i>	137
<i>Abschiebungen nach Afghanistan: Können Zahlen zynisch sein?</i>	145
<i>Mord ist Mord. Was aber tun, wenn Helfer getötet werden?</i>	155
<i>Der blockierte Diskurs: Das wird man doch wohl noch sagen dürfen ...</i>	167
<i>Filterblase und Empörungswellen: Die sozialen Medien als Krisenverschärfer</i>	175
<i>Pistole auf die Brust: Die Medien in der Flüchtlingskrise</i>	183
<i>Wie reden wir miteinander?</i>	193
<i>Toleranz für Andersdenkende: Die moralische Selbsterhöhung des liberalen Bürgertums</i>	201
<i>Wenn gute Absichten scheitern: Bessere Politik für Minderheiten</i>	209
4 Lösungen	225
<i>Wir schaffen das – jetzt!</i>	227
<i>Flüchtlinge fordern und fördern: Der Gmünder Weg</i>	233
<i>Gebaute Integration: Das Tübinger Flüchtlingswohnkonzept</i>	241
<i>Flüchtlingspolitik nach der Willkommenskultur: Wir Grüne schaffen das</i>	247

Oben und unten: Willkommenskultur und Verlustängste

Nur zwei Wochen nach der Grenzöffnung im September 2015 stellte der Soziologe Heinz Bude die These auf, Deutschland werde den gegenwärtig herrschenden »Flüchtlingsidealismus« nicht lange durchhalten können und zu einem »Flüchtlingspragmatismus« finden müssen. Bude, Professor an der Universität Kassel, sagte dies auf einer gemeinsamen Konferenz der Herrhausen-Gesellschaft und der FAZ in Berlin, an der ich als Guest teilnehmen konnte. Sein Vortrag beeindruckte mich durch seine Klarheit. Kaum eine Woche, nachdem die Selfies von Angela Merkel mit Flüchtlingen um die Welt gingen, zu einem Zeitpunkt, als die Bilder von Teddybären im Münchener Hauptbahnhof noch frisch im Gedächtnis waren, analysierte Bude messerscharf die Lage im Land.

Etwas vereinfacht lautete seine These: Die deutsche Gesellschaft ist in der Flüchtlingsfrage zweiseitig, die Willkommenskultur werde getragen von den oberen zwei Dritteln, also überwiegend Menschen aus bürgerlichen Schichten, deren Lage gesichert sei und die keine Konkurrenz von Neuankömmlingen fürchten müssten. Das untere Drittel betrachte die mittlerweile Zehntausenden Asylbewerber aber ganz anders, nämlich als Ersatzheer von Arbeitskräften, die ihnen den Job streitig machen oder von den Arbeitgebern benutzt würden, um die Löhne zu drücken.

Mir leuchtete Budes Argument ein. Wer sich seinen Platz in der Gesellschaft erkämpft hat und überzeugt ist, ihn jeden Tag gegen den Abstieg in Hartz IV verteidigen zu müssen, sieht mögliche Konkurrenten um Jobs anders als etwa eine verbeamtete Lehrerin oder ein gebildeter Rentner. Wer seine eigene

Wohnung nicht mehr halten kann oder jahrelang auf eine bezahlbare Sozialwohnung warten muss, hat gegenüber einer großen Zahl von Menschen, die schon bald auf den Wohnungsmarkt drängen, zwangsläufig andere Gefühle als etwa der Einfamilienhaus-Besitzer am Stadtrand oder der Mieter einer Penthouse-Wohnung in der Innenstadt.

Als Oberbürgermeister einer Stadt mit rund 90 000 Einwohnern habe ich Einblick in die täglichen Nöte vieler Menschen. Ich weiß, dass der Kampf um günstigen Wohnraum keineswegs ein eingebildetes Problem ist. In meiner Bürgersprechstunde ist die Suche verzweifelter Menschen nach Wohnraum zum beherrschenden Thema geworden. Sie erzählen mir häufig von schweren Schicksalsschlägen, die sie nun zu Bittstellern machen. Helfen kann ich leider nur den wenigsten.

Denn die Lage hatte sich schon vor dem Flüchtlingsandrang 2015 verschlechtert, der soziale Wohnungsbau war auf ein Minimum zurückgefahren worden und die Suche nach bezahlbaren Wohnungen wurde für mehr und mehr Menschen zu einer existenziellen Frage.

Die Flüchtlingskrise verschärzte das Problem noch zusätzlich. Bereits vor der Öffnung der Balkanroute im Sommer 2015 herrschte bei den Landratsämtern, die in Baden-Württemberg für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig sind, sobald sie die Erstaufnahmestellen der Länder verlassen haben, größte Anspannung. Der Landkreis Esslingen etwa hatte schon Ende 2014 erklärt, er könne keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, weil geeignete Unterkünfte nicht zu finden seien.

Nun, im Frühherbst 2015, verschlimmerte sich die Situation innerhalb von wenigen Wochen dramatisch. Die Lieferzeiten für Wohncontainer waren auf ein halbes Jahr angewachsen. Der Wohnungsmarkt war ohnehin schon leer gefegt. Allerorten wurden nun Turnhallen mit Betten zu Notquartieren umgerüstet. So auch die Kreissporthalle in Tübingen. Der Landrat suchte händeringend nach weiteren Standorten für Containerbauten im

nächsten Jahr. War es angesichts dieser Lage verwunderlich, dass diejenigen, die auf billigen Wohnraum angewiesen sind, sich fragten: Was wird denn mit mir, wenn Asylbewerber später die günstigen Wohnungen bekommen?

Für den Blick auf die Flüchtlinge, so musste ich es immer wieder erleben, spielen neben diesen materiellen Faktoren aber auch mentale Einstellungen und Statusdenken eine Rolle. Gerade bei denen, die sich ohnehin benachteiligt sehen, wachsen die Vorbehalte. Zum Beispiel unter russlanddeutschen Einwanderern der neunziger Jahre, aber auch unter den ehemaligen Gastarbeitern aus Südeuropa und Anatolien war allgemein eine Skepsis zu spüren, denn sie fühlten sich ungleich behandelt. Das Maß an öffentlicher und menschlicher Zuwendung, das jetzt den Flüchtlingen zuteilwurde, hatten sie nie erfahren. Warum sollten es die Flüchtlinge nun so viel leichter haben, obwohl sie weder die historischen Verbindungen etwa der Russlanddeutschen für sich reklamieren konnten noch die Anwerbeabkommen und den Arbeitskräftebedarf als Legitimation für ein Leben in Deutschland?

Mir ist ein Erlebnis in einer Kleinstadt im Schwarzwald in lebhafter Erinnerung: Es war früh am Abend in einem Gasthaus, ich bereitete mich dort auf einen Vortrag vor und außer mir saß noch eine Handvoll Gäste im Saal. Der Wirt erkannte mich, setzte sich zu mir und wir kamen ins Gespräch. Er erzählte, wie wenig er von den heutigen Flüchtlingen halte, wie schwierig diese zu integrieren seien, und überhaupt werde denen alles »hinten reingebblasen«. Er wisse, wovon er spreche, schließlich sei er vor zwanzig Jahren selbst als Flüchtling ins Land gekommen und habe sich ohne solche Hilfe allein hochgearbeitet. Der Mann sprach einfach aus, was er dachte. Wäre er ein Deutscher gewesen, hätte ich vermutet, hier schwadronierte ein Rechtsradikaler. Er war aber zu Kriegszeiten aus dem Kosovo geflüchtet. Seine Geschichte war für mich ein eindrückliches Beispiel, wie sehr die eigene wirtschaftliche Lage und

gesellschaftliche Stellung die Haltung zur Flüchtlingspolitik bestimmt.

In den Medien war von solchen Beobachtungen und Einstellungen zum Zeitpunkt von Heinz Budes Rede nur wenig zu erfahren. In den Gesprächen auf den Fluren, in den Konferenzräumen, aber auch in den Gassen der Tübinger Altstadt begegneten sie mir hingegen häufig.

Die öffentliche Debatte wurde von jenen Menschen geprägt, die sich und anderen sagen konnten, Deutschland sei ein reiches Land und könne die Aufnahme der Flüchtlinge ohne größere Probleme bewältigen. Das war und ist für das gesamte Land gesprochen auch nicht falsch. Diejenigen aber, die von diesem Reichtum nur wenig abbekommen und deshalb die Entwicklung skeptisch beäugen, fanden mit ihren Sorgen wenig Gehör.

Vorerst wurde die veröffentlichte Meinung dominiert durch Stimmen wie jener von Sabine Rückert. Sie schrieb in einem Leitartikel der *Zeit*, deren Titelbild das Wort »Willkommen« prägte: »Es mag befremdlich klingen, aber für Deutschland sind die Flüchtlinge, diese vielen jungen, zuversichtlichen, nicht selten begabten und ehrgeizigen Menschen, ein Glück.«

Die Überlegung lautete vereinfacht: Deutschland ist vergreist und unser Arbeitsmarkt leer gefegt. Die fehlenden Auszubildenden im Handwerk, der Altenhilfe, den Krankenhäusern, vielleicht sogar die fehlenden Ärzte und Ingenieure werden durch die überwiegend jungen Flüchtlinge gestellt. Auch die deutsche Wirtschaft stieß in dieses Horn. Schon Anfang September 2015 betonte BDI-Präsident Ulrich Grillo, es könne »gelingen, gerade gut ausgebildete Flüchtlinge schnell in Wertschöpfungsstrukturen einzubetten«. Besonders wagemutig: »Wir sind bereit, allen Asylsuchenden mit berechtigten Chancen auf ein Bleiberecht den raschen und zeitlich gesicherten Zugang zu Bildung und Arbeitsplätzen zu ermöglichen.«

Neben dieses volkswirtschaftliche Argument trat bei all denen, die die Flüchtlinge uneingeschränkt willkommen hießen,

eine gewisse Form der Erleichterung oder sogar von Stolz: Dass die Menschen zum allergrößten Teil gezielt nach Deutschland strebten, wurde als eine Art Kompliment gedeutet. Die Flüchtlinge, so hörte und las ich immer wieder, würden sich Deutschland als Ziel auswählen, weil unser Land so weltoffen und sympathisch sei, weil sie nach Demokratie und Teilhabe hungrten. Beide Aspekte vereinte meine Parteifreundin Katrin Göring-Eckardt auf dem Bundesparteitag im November 2015 zu einer griffigen Formel: »Diese Menschen sind ein Geschenk für Deutschland.«

Es ist ja völlig richtig: Deutschland hat einen großen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. In naher Zukunft gehen jedes Jahr einige Hunderttausend Menschen mehr in den Ruhestand, als junge Menschen neu in den Arbeitsmarkt eintreten. Aber eben auf die Qualifizierung kommt es an. Das betrifft sogar jene Branchen, deren Bild teilweise noch von der Baustelle der sechziger Jahre geprägt ist. Die Zeiten, in denen nur ein Stein auf den anderen gesetzt wird, sind aber längst vorbei: Die hohen technischen Anforderungen von Erdbebensicherheit bis Energiestandard erfordern höchste Präzision auch bei scheinbar einfachen Arbeiten.

Auch für Handwerks- und Sozialberufe sind die Standards in unserem Land heutzutage sehr hoch. Für Ungelernte hingegen gibt es kaum noch Aufgaben, allenfalls in Nischen wie dem Reinigungsgewerbe. Ob die Flüchtlinge für den deutschen Arbeitsmarkt eine willkommene Unterstützung oder gar die Lösung eines Mangelproblems sind, hängt also entscheidend vom Qualifikationsniveau, mindestens aber von der Qualifizierungsfähigkeit der Menschen ab.

In der Hochzeit der Willkommenskultur wurde dieses Thema allenfalls sehr zurückhaltend behandelt. So auch von Sabine Rückert, die mit der Formulierung, die jungen Menschen seien »nicht selten begabt und ehrgeizig«, immerhin die Möglichkeit offenließ, dass die Mehrheit der Flüchtlinge weder

begabt noch ehrgeizig sein könnte. Wobei sie das Gegenteil suggerierte.

Mich hat diese Euphorie schon damals erstaunt. Allein der Blick auf die Herkunftsländer der Flüchtlinge – hauptsächlich Syrien, Irak und Afghanistan sowie einige afrikanische Staaten mit besonders schwierigen Bildungsbedingungen – legte den Gedanken nahe, dass hier weit überwiegend Menschen zu uns kamen, die in unserem Arbeitsmarkt zunächst kaum Chancen haben und allenfalls nach vielen Jahren intensiver Anstrengung hinreichende Qualifikationen erwerben würden.

Schon die Tatsache, dass ein großer Teil der Flüchtlinge unser Alphabet nicht beherrscht, war dafür ein untrügliches Indiz. In einer Zusammenkunft im Stuttgarter Staatsministerium erfuhr ich im Dezember 2015 von einer Analyse des Landesarbeitsamtes, derzufolge 80 Prozent der Flüchtlinge für unseren Arbeitsmarkt als formal unqualifiziert eingestuft wurden, weil sie keine Berufsausbildung hatten. Die damit verbundene Prognose lautete, dass die Integration dieser Menschen in den deutschen Arbeitsmarkt ein Jahrzehnt dauern könne und dafür Anstrengungen wie bei Langzeitarbeitslosen erforderlich seien.

Wer damals noch aufrichtig überzeugt war, dass sich alles zum Guten wenden würde, kann den eigenen Hoffnungen heute die Fakten gegenüberstellen. Die DAX-Konzerne, die sich öffentlich für die Aufnahme von Flüchtlingen starkgemacht hatten, beschäftigten im September 2016 nach einer Umfrage exakt 125 Auszubildende (eine neuere Erhebung liegt meines Wissens noch nicht vor). Nicht etwa in einem einzigen Werk oder einem der DAX-Konzerne – die wichtigsten deutschen Industriekonzerne zusammengenommen haben 125 Flüchtlingen einen Ausbildungsplatz gegeben!

Etwas besser sieht es im Handwerk aus. Der Präsident der Handwerkskammer Reutlingen meldete im Februar 2017 stolz, seine Betriebe hätten schon jetzt mehr Flüchtlinge ausgebildet als alle DAX-Konzerne zusammen. Das ist zweifellos eine

großartige Leistung. Aber in der Summe haben bis Ende 2016 nur etwa 50 000 Flüchtlinge eine Beschäftigung aufgenommen. Im Mai 2017 sprach Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer davon, dass 180 000 Flüchtlinge in Arbeit, Ausbildung oder Praktika gebracht worden seien – alle drei Kategorien gemeinsam, wohlgemerkt. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ermittelte im Juni 2017 eine Beschäftigungsquote der Flüchtlinge aus den Krisenländern von 17 Prozent.

Diese Daten sind nicht überraschend. Arbeitsmarktexperten haben eine solche Entwicklung schon im Herbst 2015 vorausgesagt, sogar Arbeitsministerin Andrea Nahles hat sich früh entsprechend vorsichtig geäußert. Und trotzdem drang diese Botschaft nicht durch.

Wenn ich damals solche Bedenken formulierte, schlugen mir Misstrauen und Ablehnung entgegen. Versteckt oder ganz offen wurde unterstellt, ich wolle die Stimmung kippen, die Willkommenskultur untergraben. Aber mir scheint, dass wir dabei einem fundamentalen Irrtum unterliegen: Wenn die Stimmung sich nur halten lässt, solange wichtige Fakten ausgeblendet oder geschönt werden, kippt sie irgendwann zwangsläufig. Dann aber ist die Enttäuschung oder gar der Frust groß. Nur wer von Anfang an realistische Erwartungen bildet, kann dauerhaft eine positive Grundhaltung bewahren.

Zudem sind die Arbeitsmarktdaten, wie ich finde, eigentlich gar nicht so enttäuschend. Denn es kommt auf die Perspektive an. Schließlich haben wir die Menschen, die 2015 in so großer Zahl zu uns gekommen sind, aufgenommen, weil sie fliehen mussten, nicht weil sie gut ausgebildet waren und Arbeit suchten. Für das eine haben wir das Asylrecht, für das andere fehlt uns leider ein Einwanderungsgesetz. Selbstverständlich kann auch ein ausgebildeter Arzt Asyl beantragen. Aber wir können von Menschen, die aus Afghanistan, dem Irak oder aus Eritrea zu uns kommen, doch nicht grundsätzlich erwarten, dass sie eine Ausbildung zum Arzt anstreben. Mehr noch: Da wir Asyl

nur den Menschen gewähren, die einen Fluchtgrund haben, aber diejenigen, die vor allem auf der Suche nach Arbeit oder einem besseren Leben gekommen sind, kein Asyl erhalten können, gibt es unter den Bleibeberechtigten zwangsläufig einen höheren Anteil von Menschen, die sich schon wegen ihrer zum Teil traumatischen Fluchterfahrung schwertun, in unserer Hochleistungsgesellschaft mitzuhalten.

Als Anfang 2015 noch vor der großen Fluchtbewegung aus dem Nahen Osten in großer Zahl Menschen vom Balkan nach Deutschland kamen, nutzten sie zwar das Asylrecht, dies führte aber in 99 Prozent der Fälle zur Ablehnung der Anträge. Umgekehrt verhielt es sich mit der Arbeitsmarktqualifikation dieser Asylbewerber: Gerade weil die Menschen nicht auf der Flucht waren, sondern primär eine Arbeit suchten, gelang es ihnen sehr viel schneller, Arbeit und Ausbildung zu finden. Mit dem grotesken aber logischen Ergebnis, dass genau jene Menschen besonders häufig von Ausweisungen und Abschiebungen betroffen sind, die sich überdurchschnittlich gut integriert haben.

Kurz gesagt: Wer Willkommenskultur für Flüchtlinge zu Ende denkt, kann sie in der großen Mehrheit nicht einfach pauschal als Geschenk betrachten – zumindest nicht für den Arbeitsmarkt. Asyl und Arbeitsmigration sind zwei völlig verschiedene Dinge. Wo sie vermischt werden, geraten die Maßstäbe aus dem Lot, werden Flüchtlinge plötzliche zu Facharbeitern oder Arbeitsmarktprobleme zu Fluchtgründen.

Der Flüchtlingsrealismus, den Heinz Bude gleich zu Beginn der Debatte einforderte, ist mittlerweile eingekehrt. Die größten Schwierigkeiten liegen hinter uns. Aber die größten Aufgaben stehen uns noch bevor. Es ist ein langer Weg zur Integration in Gesellschaft und Arbeitsmarkt.

Ich möchte mit diesem Buch dazu beitragen, dass die Diskussion um die besten Lösungen für diese gewaltige Heraus-

forderung nicht wieder geprägt ist von Illusionen und Tabus, von Denkblockaden und Wunschdenken – wie so oft in der Flüchtlingsdebatte der letzten beiden Jahre.

Ich werde dabei von meinen Erfahrungen als handelnder Politiker und Dienstherr einer Stadtverwaltung berichten, die Chancen von Integration beleuchten, aber die Grenzen der Belastbarkeit nicht ignorieren. Dieses Buch wird sich den Rahmenbedingungen für Integration ebenso widmen wie den konkreten Projekten und Problemen vor Ort. Und ich möchte anhand eigener Erfahrungen zeigen, warum die Art und Weise, wie wir in Deutschland über Probleme diskutieren, diese oft sogar noch verschärft. Der Titel des Buches weist auf diese Schwierigkeit hin. Dass wir angesichts des Elends in der Welt nicht allen helfen können, die gute Gründe hätten, in unser Land zu kommen, ist so trivial, dass man darüber eigentlich nichts sagen muss. Meine Erfahrung ist aber, dass schon der Satz »Wir können nicht allen helfen« heftige Empörung bei vielen Menschen auslöst, weil sie bereits darin eine AfD-Parole, gar Menschenfeindlichkeit wittern. Ich würde gerne dazu beitragen, dass wir wieder miteinander reden, ohne in solche Reflexe zu verfallen.

Die Frage, ob sich die Aufnahme der Flüchtlinge für Deutschland ökonomisch lohnt, ist dabei nicht entscheidend, ja eigentlich sogar bedeutungslos. Denn wo wir Asyl gewähren, tun wir dies, um Leib und Leben von Menschen zu retten. Und die rund 40 Milliarden Euro, die wir seit 2015 für Flüchtlinge ausgegeben haben, sind in jedem Fall gut investiertes Geld. Sie wären es selbst dann, wenn kein Cent zurückkommen würde.

Auf lange Sicht aber ist es sehr wohl von Bedeutung, welche volkswirtschaftlichen Folgen die Einwanderung über das Asylrecht hat, denn die Mehrheit der Flüchtlinge und selbst der abgelehnten Asylbewerber wird dauerhaft in Deutschland bleiben. Willkommenskultur, verstanden als freundliche Aufnahme, ist daher schon aus Eigennutz erforderlich. Denn Menschen, die sich abgelehnt fühlen, werden sich schlecht integrieren. Ange-

sichts des Nachwuchsmangels in Deutschland ist es sehr vernünftig, die vielen jungen Menschen, die jüngst hierhergekommen sind, auszubilden und auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Was dafür fehlt, ist vor allem ein Einwanderungsgesetz, das es erlaubt, all diejenigen, die sich durch Talent und Ehrgeiz einen Arbeitsplatz erarbeitet haben, im Land zu behalten, völlig gleichgültig, wie ihr Asylverfahren entschieden wurde. Das würde auch einen Leistungsanreiz bedeuten, an dem es derzeit oft mangelt. Die Chancen sind also da, auch wenn die Voraussetzungen nicht gerade günstig erscheinen. Gut möglich, dass die Arbeitslosigkeit unter den Flüchtlingen noch in fünf Jahren mehr als 50 Prozent beträgt und wir nicht verhindern können, dass da eine neue Unterschicht ohne Aufstiegsperspektive heranwächst.

Hätten wir von Anfang an realistisch auf die Flüchtlinge und den Arbeitsmarkt geschaut, wäre uns manche erhitzte Debatte und manche Enttäuschung erspart geblieben. Die vom Flüchtlingsidealismus geprägten Versuche, die Willkommenskultur zu verstärken oder zu erhalten, indem überzogene Hoffnungen und Erwartungen an den künftigen Beitrag der Flüchtlinge zum Wohlstand in Deutschland formuliert wurden, haben hingegen nur geschadet.

Die Flucht nach Deutschland war ein Glück für die Flüchtlinge, nicht für Deutschland. Unseren Arbeitskräftebedarf könnten wir über eine kluge Einwanderungspolitik und eine Auswahl nach Qualifikation weitaus besser decken. Da die Menschen nun im Land sind, sollten wir aber alles tun, damit sie glücklich werden und einen Beitrag zu unserer Volkswirtschaft leisten können. Das ist eine realistische Chance.

1

Die Herausforderung

Von Lampedusa nach Idomeni: Wie moralisch ist Flüchtlingspolitik?

Am 3. Oktober 2013 steuerte ein knapp zwanzig Meter langer Fischkutter mit mehr als fünfhundert Menschen an Bord auf die Küste der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa zu. Das Schiff war in Libyen gestartet, doch kurz vor dem Ziel gab es einen Motorschaden. Der Kapitän wollte ein Notsignal senden und setzte dazu eine Decke in Brand. Das Feuer geriet außer Kontrolle und das hoffnungslos überladene Schiff kenterte, fast vierhundert Menschen ertranken. Die meisten von ihnen waren aus Somalia und Eritrea geflohen, Bürgerkriegsländern, die jungen Menschen so gut wie keine Perspektive bieten können.

Soweit wir wissen, war dies die schlimmste Flüchtlingskatastrophe auf dem Mittelmeer vor Lampedusa. Und seitdem hat sich die Tragödie fortgesetzt. Nach vorsichtigen Schätzungen sind in den letzten drei Jahren mehr als zehntausend Menschen auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer ertrunken.

Aber es gab bereits eine Flüchtlingskrise in Europa, bevor der Krieg in Syrien ausbrach. Allerdings südlich der Alpen. Flüchtlinge kamen damals zum allergrößten Teil aus Afrika, auch sie wählten den Weg über das Mittelmeer. So erreichten fast 90 Prozent aller Flüchtlinge europäischen Boden zuerst in Italien und Griechenland. Nach dem Dublin-Abkommen waren diese beiden Länder allein verantwortlich für die Aufnahme der Menschen. Wenn ein Flüchtling versuchte, weiter zu reisen und Asyl in einem anderen Land zu beantragen, so konnte dieser Staat die Rückführung nach Italien oder Griechenland verlangen.

Das System war so ungerecht und unausgewogen, dass Italien um Hilfe bitten musste. Der damalige italienische Innenminister Roberto Maroni sagte bei einem Brüsseler Treffen der

Innenminister im Februar 2011: »Es handelt sich um eine Dimension von Flüchtlingsströmen, wie wir sie noch nie gehabt haben.« Eindringlich schilderte er, dass Tausende Menschen auf der kleinen Insel Lampedusa gestrandet seien und ein noch größerer Ansturm im Sommer erwartet werde. Italien verlangte eine Revision des Dublin-Abkommens und eine europäische Verteilung der Flüchtlinge. Vor allem Deutschland sperrte sich heftig dagegen. Innenminister Thomas de Maiziere konterte das Ansinnen seines Kollegen trocken: »Italien ist gefordert, aber bei weitem noch nicht überfordert.« Bundeskanzlerin Angela Merkel bestätigte diese Haltung der Bundesregierung: Die Flüchtlinge sollten in Italien bleiben.

Fünf Jahre später war ich als Referent zu Gast beim Tübinger Leibniz Kolleg. Das Kolleg ist eine wunderbare Einrichtung, die jungen Menschen vor dem heutzutage doch sehr verschuldeten Universitätsstudium die Chance zu einem Studium Generale bietet. In den zehn Jahren meiner Amtszeit war ich immer wieder einen Abend lang mit dem jeweiligen Jahreskurs zusammen, um Themen der Zeit zu diskutieren. Das ist immer eine Freude und eine Herausforderung, denn fast 100 wissbegierige, politisierte und kluge Studienanfänger stellen eine Menge berechtigter und oft sehr unbequemer Fragen. So moralisch, wie die Debatte über die Willkommenskultur für Flüchtlinge bis dahin verlaufen war, so viel Widerspruch, wie ich mit meiner Position besonders aus dem Lager der Idealisten und Gesinnungsethiker erhalten hatte, war ich auf einiges gefasst, als ich im Frühjahr 2016 das Leibniz Kolleg besuchte. Zu Recht. Ich konnte zwar viel erklären und manches aufklären, aber in den Gesichtern blieben Zweifel und Skepsis erkennbar. Die angehenden Studierenden fühlten sich auf der guten Seite und konnten nicht begreifen, dass ich mich nicht dazugesellen wollte.

Ich versuchte es daher mit einer Frage: »Wer von euch hält die Entscheidung der Bundeskanzlerin vom letzten Herbst, die

Grenze zu öffnen, für moralisch richtig?« Ausnahmslos alle streckten die Hände hoch. »Und wer hält den Türkei-Deal von Merkel zur Abwehr von Flüchtlingen für richtig?« Niemand. Dann setzte ich nach: »Wo war die Kanzlerin, als die Flüchtlinge in Lampedusa ankamen? Warum war es moralisch geboten, die Flüchtlinge vom Bahnhof in Budapest nach Deutschland zu lassen, aber nicht vom Lager in Idomeni?«

Die Leibniz-Kollegiaten sahen den Widerspruch, aber sie konnten ihn nicht auflösen. Meine Erklärung, die Kanzlerin habe in beiden Fällen nicht moralisch, sondern realpolitisch entschieden, gefiel ihnen auch nicht. Das aber lässt sich schlüssig begründen: Als die Flüchtlinge auf die österreichische Grenze zumeisterten, um den Übertritt zu erzwingen, fürchtete die Kanzlerin, dass andernfalls die Bilder von einem bewaffneten Konflikt um die Welt gehen könnten. Als sich zeigte, dass der Zustrom ohne Grenzkontrollen nicht mehr abreißen würde und eine weitere Aufnahme auch in Deutschland nicht mehr leistbar war, kam die Schließung der Balkanroute der Kanzlerin entgegen. Dass die Situation der Flüchtlinge in Idomeni ungleich schlechter und damit der Hilfsbedarf ungleich größer war als zuvor in Budapest am Bahnhof, würde niemand bestreiten.

In den Gesichtern meiner Zuhörer war Unwillen zu lesen. Der Logik des Arguments konnten sie sich nicht entziehen, aber zustimmen wollten sie auch nicht. Meine Interpretation, Merkels Entscheidung könne nicht ethisch motiviert sein, ging ihnen spürbar gegen den Strich. Der moralische Anstrich ihrer Politik hatte eine Flamme der Begeisterung bei vielen Menschen entzündet. So großartig solcher Idealismus ist, so fahrlässig scheint es mir, seine Enttäuschung zu programmieren.

Die moralische Aufladung der Flüchtlingspolitik ging von der Kanzlerin selbst aus. In ihrer Rede auf dem Karlsruher CDU-Parteitag im Dezember 2015 verteidigte sie die Grenzöffnung als ethisches Gebot: »Ich sage, dies war nicht mehr und nicht weniger als ein humanitärer Imperativ. Selten zuvor wurden unsere

europäischen Werte so herausgefordert.« In ähnlicher Weise moralisierend erklärte die Kanzlerin bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Österreichs Kanzler Werner Faymann im September 2015, wenige Tage nach der Grenzöffnung: »Ich muss ganz ehrlich sagen, wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.« Es war die Kanzlerin selbst, die aus der Flüchtlingspolitik einen moralisch-patriotischen Lackmustest machte.

Man musste sich entscheiden, zwischen Gut und Böse, zwischen Moral und Amoral, zwischen Merkels Deutschland und dem Land, das nicht mehr ihres sein sollte. Die Saat ist aufgegangen. Im Guten wie im Schlechten. Im Idealismus der Leibniz-Kollegiaten wie im Fremdenhass eines Björn Höcke.

Ob Angela Merkel überhaupt eine Wahl hatte, als die Flüchtlinge auf die österreichische Grenze zumarschierten, weiß ich nicht. Vermutlich nicht. Das war nicht der Fehler. Der Fehler war, eine Politik, die aus der Not geboren wurde, zum moralischen Imperativ zu erklären und einen großen Teil der deutschen Gesellschaft damit auszugrenzen. Der Fehler war, ein moralisches Gebot zu konstruieren, dem das Land zuvor nicht gerecht geworden war und erkennbar auch nicht auf Dauer gerecht werden konnte.

Auch wenn die Kanzlerin sich mittlerweile korrigiert hat und eine europäische Verteilung der Flüchtlinge zu einer Notwendigkeit erklärt, die man früher hätte erkennen müssen: Tatsache bleibt, dass diese Erkenntnis erst gereift ist, als *wir* das Problem hatten und nicht die anderen. Auch wenn der Pakt mit der Türkei vermutlich nicht entscheidend war, weil die Balkanstaaten durch Grenzschließungen den Flüchtlingsstrom bereits gestoppt hatten: Fakt ist, dass eine Vereinbarung mit einem Autokraten wie Erdogan und ein Rücknahmemechanismus für syrische Flüchtlinge von einem moralischen Imperativ nichts

erkennen lassen. Politik muss solche Widersprüche aushalten. Aber sie darf sich nicht selbst in moralische Ausweglosigkeiten verstricken.

Auch im Jahr 2017 werden wieder Tausende Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Wenn es zu besonders großen Katastrophen mit vielen Toten kommt, erfahren wir davon. Wir in Deutschland sind zu Recht empört, dass aus dem Mittelmeer ein Massengrab geworden ist. Doch vielfach schaffen es die entsprechenden Meldungen nicht mehr über die Alpen. Wir stumpfen ab oder blenden das Elend aus.. Die europäische Politik darf diese Zustände nicht weiter tatenlos hinnehmen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es keine moralisch saubere Lösung gibt. Wer fordert, dass den Menschen, die nach Europa wollen, eine sichere Überfahrt gewährt werden müsse, der muss mit einrechnen, dass eine solche Möglichkeit eine enorme Sogwirkung auf Millionen von Menschen in Afrika ausüben würde. Es wollen weitaus mehr Menschen über das Mittelmeer, als Europa aufzunehmen in der Lage ist. Selbst die Seenotrettung führt in dieses Dilemma, denn das Wissen, dass Rettung möglich ist, erhöht die Risikobereitschaft zur Überfahrt. Das ist nicht zynisch, sondern menschlich. Abkommen mit den nordafrikanischen Küstenstaaten, die Flüchtlingen zurückzuhalten, können zwar Menschen vor dem Ertrinken retten, sie verwehren ihnen aber die Chance der Einwanderung oder des Asylantrags, die eine Mittelmeerüberfahrt bisher bietet. Dass die meisten nordafrikanischen Staaten zweifelhaft beleumdeten Partner sind, macht die Sache nicht leichter.

Für mich führen solche Überlegungen zu der schmerzhaften Erkenntnis, dass es eine rein moralische Flüchtlingspolitik nicht geben kann. Das enorme Gefälle zwischen Europa und den Krisenregionen im Nahen Osten und in Afrika hinsichtlich aller wesentlichen Lebenschancen, von medizinischer Versorgung über Bildung und Freiheit zu Sicherheit und Wohlstand, erzeugt eine moralisch nicht auflösbare Spannung: Entweder sind wir bereit,